

41

Beglaubigte Abschrift.

StS 143/49

Verkündet am 23. Januar 1950
gez. Hönen, Justizinspektor
als Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle.

I M N A M E N D E S R E C H T S !

Strafsache

g e g e n den Major der Schutzpolizei i.R. Heinrich
B a l l a u f aus Hildesheim, geboren am
8. Februar 1884 in Hildesheim,

w e g e n Brandstiftung u.a. und Verbrechen gegen die
Menschlichkeit.

- - -

Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des
Schwurgerichts in Hildesheim vom 7. Dezember 1948 hat
der II. Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für die
Britische Zone in Köln in der Sitzung vom 23. Januar
1950, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Dr. Groß
als Vorsitzender,

Richter beim Obersten Gerichtshof Werner;
Hilfsrichter beim Obersten Gerichtshof
Dr. Engels
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Schrübers
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Regierungsobersekretär Bech
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt:

Auf die Revision des Angeklagten wird das
angefochtene Urteil, soweit es ihn betrifft,
mit allen Feststellungen aufgehoben und die
Sache insoweit zur neuen Verhandlung und
Entscheidung, auch über die Kosten des Rechts-
mittels, an das Schwurgericht zurückverwiesen.

G r ü n d e :

Das Schwurgericht hat den Angeklagten wegen einer gemeinschaftlich mit dem früheren Mitangeklagten Meyer in Tateinheit mit Nötigung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangenen Freiheitsberaubung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen gerichtete Revision ist begründet.

Zwar ist die Revision des Angeklagten, soweit sie die Verletzung formellen Rechts rügt, unzulässig, da sie keine Tatsachen anführt, die einen verfahrensrechtlichen Mangel ergeben (§ 344 Abs.2 Satz 2 StPO.). Jedoch hat die Sachbeschwerde Erfolg.

Das Schwurgericht stellt fest:

In der Nacht zum 9./10.November 1938 ließ der frühere Mitangeklagte F r e i s als damaliger Führer des SS-Sturmabannes Hildesheim durch ein aus etwa 10 SS-Männern bestehendes Brandkommando die dortige Synagoge einäschern. Wenige Stunden später wurden ungefähr 300 Juden verhaftet und danach auf dem Hofe des Polizeigefängnisses festgehalten. Am Nachmittag des 10.November überführte der Angeklagte Ballauf als Polizeimeister diese Juden auf Befehl des damaligen Polizeikommandeurs nach dem Gerichtsgefängnis.

Diese Maßnahmen gegen die Juden in Hildesheim erfüllen den Tatbestand des Art.II 1 c des KRG. 10; denn sie bedeuten ein bewußtes und gewolltes mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft zusammenhängendes Angriffsverhalten, durch das die unmittelbar Betroffenen mit überpersönlicher Wirkung empfindlich geschädigt worden sind (OGHSt.Bd.1 S.284). Jeder, der diese antijüdische Aktion vorsätzlich unterstützt hat, ist eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig, sofern ihm der Zusammenhang seines Verhaltens mit dem nationalsozialistischen System bekannt gewesen ist.

Die
aktion
äußern
bewußt
fern ih
sozial
füllt s
10.

Das
lichen
ist jed
Angekla
rung vo
tung de
nicht a
sondern
sogar d
herum u
trat de
offensi
verkannt
gen die

Da
schuld
tigungs
stellung
hierzu
tatsäch
achtlich
halb.

Wer
Schwur
beruhe
visions
Revision
des Vor
Denkges

Die Überführung der Juden ist als Teil der Gesamtaktion ein Beitrag zu dieser und erfüllt deshalb den äusseren Tatbestand des KRG.10. An ihr hat der Angeklagte bewußt und gewollt als Führer des Zuges mitgewirkt. Sofern ihm der Zusammenhang dieser Maßnahme mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft bekannt gewesen ist, erfüllt sein Verhalten auch den inneren Tatbestand des KRG.10.

Das Schwurgericht trifft hierzu zwar keine ausdrücklichen Feststellungen. Dem Zusammenhang der Urteilsgründe ist jedoch zu entnehmen, daß es eine solche Kenntnis des Angeklagten angenommen hat. Die Verhaftung und Überführung von 300 Juden erfolgte im Anschluß an die Vernichtung der Synagoge durch ein SS-Kommando. Die Juden wurden nicht auf dem kürzesten Weg zum Gerichtsgefängnis gebracht, sondern auf Kreuz- und Querwegen. Der Angeklagte führte sogar den Zug auf einem Umwege um die abgebrannte Synagoge herum und ließ ihn hier halten. Unter diesen Umständen trat der Charakter der Gewalt und Willkür der Aktion so offensichtlich zu Tage, daß ihn auch der Angeklagte nicht verkannt haben kann. Er ist deshalb eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig.

Daß der Angeklagte auf Befehl gehandelt hat, entschuldigt ihn nach Art.II 4 b des KRG.10 nicht. Ein Nötigungsstand oder ein Notstand hat bei ihm nach den Feststellungen des Schwurgerichts nicht vorgelegen. Was er hierzu in der Revisionsbegründung anführt, ist als neues tatsächliches Vorbringen in der Revisionsinstanz unbeachtlich. Eine Stellungnahme hierzu erübrigt sich deshalb.

Wenn der Angeklagte behauptet, die Feststellung des Schwurgerichts, er habe nicht den kürzesten Weg gewählt, beruhe auf einem Irrtum, so kann er hiermit in der Revisionsinstanz ebenfalls nicht gehört werden, weil das Revisionsgericht an die tatsächlichen Feststellungen des Vorderrichters gebunden ist, sofern sie nicht den Denkgesetzen oder der allgemeinen Lebenserfahrung wider-

sprechen, was hier ersichtlich nicht der Fall ist.

Die Festnahme und Einsperrung der Juden stellt auch eine Freiheitsberaubung im Sinne des § 239 StGB. dar, die solange andauerte, wie die Festnahme aufrechterhalten wurde. Die Widerrechtlichkeit dieses Vorgehens liegt so offen zu Tage, daß sie dem Angeklagten nicht entgangen sein kann. Nicht ausreichend begründet ist jedoch bisher die Verurteilung des Angeklagten als Täter. Er handelte nur auf Befehl, offenbar auch mit einigem Widerstreben. Bei dieser Sachlage bedurfte die Annahme des Täterwillens einer näheren tatsächlichen Begründung, da es den Umständen nach nicht ausgeschlossen ist, daß der Angeklagte nur mit Gehilfenvorsatz gehandelt hat. Auch die Verurteilung wegen *g e m e i n s c h a f t l i c h e r* Freiheitsberaubung wird durch die bisherigen Feststellungen nicht getragen, da das Schwurgericht keine Tatsachen anführt, die ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken des Angeklagten mit Meyer oder anderen ergeben.

Nicht anwendbar ist entgegen der Annahme des Schwurgerichts § 240 StGB.; denn die Strafverfolgung aus dieser Vorschrift ist verjährt (§ 67 Abs.2 StGB.; VO. des Zentral-Justizamts zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.Mai 1947 § 1 Abs.2). Die Frage, ob hier zwischen den §§ 239 und 240 StGB. Gesetzeskonkurrenz besteht, braucht deshalb nicht entschieden zu werden.

Da der Schuldspruch wegen gemeinschaftlicher Freiheitsberaubung nach den bisherigen Feststellungen nicht aufrechterhalten bleiben kann und die Verurteilung wegen Nötigung entfällt, war das angefochtene Urteil aufzuheben.

Was der Angeklagte im Schriftsatz vom 21.Januar 1950 zur Strafzumessung vorträgt, liegt auf tatsächlichem Gebiet und ist deshalb der Nachprüfung in der Revisions-



instanzen
erneut
des An
gez. D

instanz entzogen. Das Schwurgericht wird jedoch bei der erneuten Verhandlung Gelegenheit haben, das Vorbringen des Angeklagten zu würdigen.

gez. Dr. Groß

gez. Werner

gez. Dr. Engels.



Beglaubigt:

[Handwritten signature]

Kanzleivorsteher

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Obersten Gerichtshofes für die
Britische Zone.